

4.52 Feminismus. Geld. Gerechtigkeit. – Feministische Fiskalpolitik als Instrument zur Stärkung von Geschlechtergerechtigkeit

Beschluss der Bundesfrauenkonferenz März 2025

Einführung: Warum feministische Fiskalpolitik notwendig ist

Feministische Fiskalpolitik¹ zielt darauf ab, finanz- und wirtschaftspolitische Entscheidungen und Instrumente so zu gestalten, dass sie zur Gleichstellung der Geschlechter beitragen. Dabei wird anerkannt, dass Wirtschaft und Finanzen nicht geschlechtsneutral sind und dass sich Diskriminierungsformen wie Rassismus, Klassismus, Ableismus oder Queerfeindlichkeit überschneiden und gegenseitig verstärken können und so bestehende soziale Ungleichheiten verstärken oder abbauen können. Eine gerechte Verteilung öffentlicher Mittel und eine gleichstellungsorientierte Steuer- und Haushaltspolitik sind zentrale Säulen einer feministischen Finanzpolitik. Ziel ist, FINTA* und marginalisierte Gruppen finanziell zu stärken, ökonomische Unabhängigkeit zu fördern und strukturelle Benachteiligungen abzubauen.² Dies ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern trägt auch zur nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung und gesellschaftlichen Stabilität bei.

Unsichtbare Arbeit: Die Vernachlässigung von Care-Arbeit in Finanzfragen

Unbezahlte Care-Arbeit ist essenziell für die Gesellschaft, bleibt jedoch in der volkswirtschaftlichen Bewertung unsichtbar. So misst das Bruttoinlandsprodukt (BIP) Produktivität ausschließlich an Erwerbsarbeit und ignoriert damit zentrale Tätigkeiten wie Kinderbetreuung, Pflege und Haushaltsarbeit, die vor allem von Frauen übernommen werden.³ Diese Verzerrung verfestigt wirtschaftliche Ungleichheiten und hält Frauen in ökonomischer Abhängigkeit. Eine feministische Finanzpolitik fordert daher, Care-Arbeit als gesellschaftliche Leistung anzuerkennen, finanziell aufzuwerten und in wirtschaftspolitische Entscheidungen einzubeziehen, um strukturelle Benachteiligungen abzubauen.

Rentenpolitik: Altersarmut als geschlechtsspezifisches Risiko

Ein zentraler Aspekt feministischer Fiskalpolitik ist die Rentenpolitik. Das Rentenniveau bezeichnet das Verhältnis der durchschnittlichen Rentenhöhe zur durchschnittlichen Lohnhöhe vor Renteneintritt. Ein niedriges Rentenniveau bedeutet, dass Rentner*innen im Verhältnis zu ihrem früheren Einkommen finanziell schlechter gestellt sind. Da Frauen, insbesondere wenn weitere Diskriminierungsformen, beispielsweise eine Behinderung oder ein Migrationshintergrund, vorliegen, aufgrund von Erwerbsunterbrechungen, Teilzeitarbeit, geringeren Löhnen, häufig prekäreren Arbeitsverhältnissen oder Ausschluss vom allgemeinen Arbeitsmarkt häufig geringere Rentenansprüche haben, führt ein sinkendes Rentenniveau zu einer verstärkten Altersarmut bei

¹ **Begriffliche Einordnung:** Finanzpolitik zählt zu den Feldern der Wirtschaftspolitik und ist eine Maßnahme des Staates, um in einer Gesellschaft das wirtschaftliche Wohlergehen zu beeinflussen. Setzt die Bundesregierung Maßnahmen zur Steuerung der Wirtschaft durch Einnahmen und Ausgaben ein, spricht man von Finanzpolitik, hierbei ist das Ziel, Struktur und Höhe des Nationaleinkommens einer Volkswirtschaft zu beeinflussen. Wenn Instrumente zur Konjunktur Stabilisierung, das heißt zum Vermindern der Schwankungen der wirtschaftlichen Entwicklung, verwendet werden, um das wirtschaftliche Wachstum zu verbessern, Fiskalpolitik.

² Deutscher Frauenrat (2024): Feministische Fiskalpolitik: Gleichstellung als Wachstumsfaktor anerkennen: <https://www.frauenrat.de/feministische-fiskalpolitik-gleichstellung-als-wachstumsfaktor-anerkennen/>.

³ Deutscher Frauenrat (2024).

Frauen.⁴

Eine intersektionale feministische Finanzpolitik setzt sich daher für eine bessere Absicherung von Care-Arbeit ein sowie die Anerkennung von Arbeit außerhalb des allgemeinen Arbeitsmarktes und fordert auch frühzeitige Reformen, die junge Frauen vor späterer Altersarmut schützen.

Finanzkompetenz und Geschlecht: Strukturelle Hürden für Frauen

Viele Frauen⁵ haben das Gefühl, in Finanzfragen weniger kompetent zu sein als Männer.⁶ Dies hat verschiedene Ursachen, darunter gesellschaftliche Rollenbilder, die Frauen eher mit Care-Arbeit als mit Finanzentscheidungen in Verbindung bringen. In der Erziehung wird Mädchen oft weniger finanzielle Eigenverantwortung zugetraut, und in Schulen werden Finanzthemen häufig gar nicht und erst recht nicht geschlechtersensibel vermittelt. Zudem sind Finanzmärkte, Beratungsgespräche und Anlageprodukte oft männlich dominiert, wodurch Frauen sich nicht angesprochen oder willkommen fühlen. Die Angst vor Fehlern, das Fehlen von Vorbildern sowie stereotype Darstellungen in den Medien tragen ebenfalls dazu bei, dass Frauen sich von Finanz- und Wirtschaftsthemen eher abschrecken lassen.⁷ Eine feministische Finanzpolitik setzt sich dafür ein, diese strukturellen Hürden abzubauen, Frauen in Finanzfragen zu stärken und das Finanzsystem selbst inklusiver und zugänglicher zu gestalten.

Geschlechtergerechtigkeit in der Finanzpolitik: Strukturelle Diskriminierung abbauen

Die Finanzpolitik eines Landes hat weitreichende Auswirkungen auf soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit. Historisch gewachsene Strukturen führen häufig dazu, dass finanzpolitische Entscheidungen geschlechtsspezifische Ungleichheiten verstärken.⁸ Frauen und marginalisierte Gruppen sind in besonderem Maße von finanziellen Benachteiligungen betroffen - sei es durch ungleiche Entlohnung, Rentenlücken oder ungleiche Zugänge zu Kapital und Förderung. Vor allem junge Frauen stehen in einer sich wandelnden Arbeitswelt vor zusätzlichen Herausforderungen: Die Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse, die Digitalisierung der Finanzwelt, neue Formen der Vermögensbildung wie Kryptowährungen oder nachhaltige Investments verändern die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Ohne gezielte politische Maßnahmen droht sich die finanzielle Ungleichheit weiter zu verschärfen. Eine feministische Finanzpolitik setzt daher darauf, strukturelle Benachteiligung systematisch zu beseitigen und wirtschaftliche Systeme so zu gestalten, dass Frauen gleichberechtigt an finanziellen Ressourcen und wirtschaftlicher Sicherheit teilhaben können.

Wir fordern von der neuen Bundesregierung:

1. **Anerkennung und Berücksichtigung von unbezahlter Arbeit:** Unbezahlte Care-Arbeit, die größtenteils von Frauen übernommen wird, muss als essenzieller Bestandteil von Gesellschaft und Wirtschaft sichtbar gemacht und finanziell anerkannt werden. Es ist notwendig, den Wirtschaftsbegriff zu erweitern, sodass neben Erwerbs- auch die

⁴ Statistisches Bundesamt (2023): Gender Pension Gap: Alterseinkünfte von Frauen 2021 fast ein Drittel niedriger als die von Männern: [Gender Pension Gap: Alterseinkünfte von Frauen 2021 fast ein Drittel niedriger als die von Männern - Statistisches Bundesamt](#).

⁵ Die gegenwärtige Studienlage gibt nur Auskunft über das Kompetenzzempfinden von Männern und Frauen und nicht über alle Geschlechter. Sie macht das Wirken von Personen, die sich außerhalb dieser Binarität positionieren, nicht sichtbar. Dies trägt der sozialen Realität unzureichend Rechnung. Maßgeblich ist, dass der Forschung nicht länger ein dichotomes Konzept der Kategorie ‚Geschlecht‘ zugrunde gelegt wird, sondern auf die Diversität der Lebensrealitäten aller Menschen ausgeweitet wird - und damit auch trans*, inter* und nichtbinäre Personen Berücksichtigung finden.

⁶ Bundesfinanzministerium (2024): OECD-Bestandsaufnahme zur Finanzbildung in Deutschland: [BMF-Monatsbericht Mai 2024 - OECD-Bestandsaufnahme zur Finanzbildung in Deutschland](#).

⁷ UN Women (2023): Gender finance booklet: Financial Centres for Sustainability Network: <https://www.unwomen.org/en/digital-library/publications/2023/12/gender-finance-booklet-financial-centres-for-sustainability-network-2023>.

⁸ Friedrich-Ebert-Stiftung (2023): Progressive Finanzpolitik - Für eine gerechte Zukunft: <https://www.fes.de/finanzpolitik>.

Versorgungsökonomie berücksichtigt wird. Analog zum BIP⁹ sollten jährlich auch die versorgungsökonomischen Leistungen offiziell erfasst und amtlich ausgewiesen werden.

2. **Geschlechtergerechte Haushaltsführung: Verpflichtende Einführung von Gender Budgeting:** Die öffentliche Haushaltsführung muss auf allen Ebenen - Bund, Länder und Kommunen - geschlechtersensibel und geschlechtergerecht gestaltet werden. Gender Budgeting¹⁰ muss verpflichtend in alle Finanzplanungen integriert werden, um staatliche Ausgaben geschlechtergerecht zu verteilen, finanzielle Ungleichheiten abzubauen und die Wirkung öffentlicher Mittel auf die Geschlechter systematisch zu überprüfen und anzupassen.
3. **Förderung von Frauen in der Wirtschaft:** Junge Gründerinnen benötigen ideelle, finanzielle und strukturelle Unterstützung. Zudem ist es wichtig, Frauen, die Führungspositionen in Unternehmen anstreben oder innehaben, zu fördern und Strukturreformen, die Geschlechtergerechtigkeit in Führungspositionen erzielen sollen, voranzutreiben. Des Weiteren sind mädchen- und frauenspezifische Bildungsprogramme zu erhöhen. Insbesondere bei der Hofübernahme und in familiengeführten Unternehmen sollen gezielte Anreize geschaffen werden, um Frauen den Zugang zu erleichtern und ihre unternehmerische Tätigkeit langfristig abzusichern. Strukturen, die die Nachfolge durch Frauen fördern, müssen gestärkt und bestehende Hürden abgebaut werden.
4. **Geschlechtergerechte Vergabe öffentlicher Fördermittel:** Gleichstellung muss als Vergabekriterium in öffentlichen Förderprogrammen verankert werden. Besonders benachteiligte Gruppen - etwa BIPoC-Frauen, queere Gründerinnen oder Frauen mit Behinderung - müssen explizit in Förderprogrammen berücksichtigt und bei Antragstellung unterstützt werden. Zudem sollten Entscheidungsgremien für Förderprogramme geschlechtergerecht besetzt werden.
5. **Schließung der Rentenlücke:** Altersarmut von Frauen ist mit gezielten Maßnahmen zu bekämpfen, darunter eine gendergerechte Rentenreform, bessere Absicherung von Care-Arbeit sowie Anerkennung von ehrenamtlichem und freiwilligem Engagement wie z. B. durch Rentenpunkte für Ehrenamtliches Engagement.
6. **Gleicher Lohn für gleiche Arbeit:** Die Entgeltgleichheit ist durch Transparenzpflichten für Unternehmen sowie Sanktionen bei Verstößen wirksam durchzusetzen.
7. **Investitionen in soziale Infrastruktur:** Wir brauchen mehr bezahlbare und bedarfsgerechte Kinderbetreuung und Pflegeeinrichtungen, damit Care-Arbeit nicht länger hauptsächlich auf den Schultern von Frauen lastet. Diese soziale Infrastruktur ermöglicht, dass Betreuung und Pflege professionell und außerhalb des eigenen Haushalts stattfinden können, was zu einer spürbaren Entlastung führt und allen Menschen faire Chancen im Berufsleben eröffnet.
8. **Gerechte Steuerpolitik:** Das aktuelle Steuersystem bevorzugt traditionelle Ehemodelle. Wir fordern ein System, das alle Lebensformen gleich behandelt und zudem besonders

⁹ Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) misst den wirtschaftlichen Erfolg eines Landes - aber nur über die bezahlte Arbeit. Nicht bemessen wird am BIP die Care-Arbeit, die für das Funktionieren der Gesellschaft unverzichtbar sind. Was darunter fallen kann:
- Erweiterte Wohlstandsindikatoren, die unbezahlte Arbeit mit einbeziehen
- Politiken, die Care-Arbeit aufwerten, z. B. bessere Bezahlung im Pflegebereich).

¹⁰ Definition des Europarats: Gender Budgeting ist eine Anwendung des Gender Mainstreaming im Haushaltsprozess. Es bedeutet eine geschlechterbezogene Bewertung von Haushalten und integriert eine Geschlechterperspektive in alle Ebenen des Haushaltsprozesses. Durch Gender Budgeting werden Einnahmen und Ausgaben mit dem Ziel restrukturiert, die Gleichstellung der Geschlechter zu fördern (Council of Europe, Gender budgeting - Final report of the Group of specialists on gender budgeting (EG-S-GB), 2005, S. 10).

Alleinerziehende und einkommensschwache Frauen entlastet. Die Abschaffung des Ehegattensplitting ist dabei unumgänglich.

9. **Ausweitung der Frauenerwerbstätigkeit:** Hindernisse wie ungleiche Verteilung der Care-Arbeit, fehlende Kinderbetreuung und geschlechtsspezifische Diskriminierung sind abzubauen. Tarifverträge müssen geschlechtersensibel gestaltet, die Aufstiegschancen für Frauen verbessert und Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung überführt werden.
10. **Förderung sozio-ökologischer Innovationen:** Unternehmensgründungen, die sich mit sozio-ökologischen Innovationen befassen, sind gezielt zu fördern und mit passenden Anreizen zu unterstützen.
11. **Umsetzung einer feministischen Außen- und Entwicklungspolitik:** Globale Wirtschaftsstrukturen müssen geschlechtergerecht gestaltet werden. Reformen wie das Lieferkettengesetz, eine globale Mindestbesteuerung und die Umgestaltung internationaler Finanzinstitutionen sind zentrale Schritte hin zu mehr Gerechtigkeit. Feministische Außen- und Entwicklungspolitik stärkt die Rechte von Frauen weltweit, fördert ihre Beteiligung an Entscheidungsprozessen und setzt auf eine faire Verteilung von Ressourcen.

Was wir als BDKJ tun sollen:

Neben der politischen Arbeit auf gesellschaftlicher Ebene können wir innerhalb unserer eigenen Strukturen feministische Finanzpolitik aktiv vorantreiben sowie Frauen und INTA* gezielt fördern. Dazu gehören:

1. **Geschlechtergerechte Finanzplanung:** Sicherstellen, dass Ressourcen innerhalb des BDKJ geschlechtergerecht verteilt werden. Dazu wird der BDKJ-Bundesvorstand beauftragt, die aktuelle Ausgabenpolitik auf eine geschlechtergerechte Verteilung hin zu analysieren und das Instrument des Gender Budgetings in zukünftigen Haushaltsaufstellungen konsequent anzuwenden. Dazu gehört auch die gezielte Förderung von Projekten, die von FINTA* initiiert oder geleitet werden. Die geschlechtergerechte Finanzplanung muss zusätzlich intersektionale Aspekte berücksichtigen - etwa die gezielte Förderung von Frauen mit Behinderung, Migrationsgeschichte oder aus sozioökonomisch benachteiligten Kontexten.
2. **Förderung von FINTA* in finanziellen Verantwortungspositionen:** Ermutigung, Bestärkung und Förderung von FINTA*, sich in geschäftsführenden Bereichen zu engagieren, zu kandidieren und zu bewerben.
3. **Geschlechtergerechte Auswahl von Expert*innen sowie Berücksichtigung der Zeitkomponente:** Zeitgerechtigkeit muss innerverbandlich mitgedacht werden - etwa bei der Anfrage von Referent*innen und indem wir Aufgaben, die unter Emotional Work/Care-Arbeit fallen, in Geschäftsverteilungen berücksichtigen und damit anerkennen, dass sie Kapazitäten und Ressourcen brauchen.
4. **Sensibilisierung und Bildung:** Entwicklung von Bildungsangeboten zu feministischer Finanzpolitik, um das Bewusstsein für finanzielle Geschlechtergerechtigkeit innerhalb der Jugendverbände zu stärken, sowie Entwicklung von Bildungsangeboten zu Anlagestrategien, Versicherungen und Altersvorsorge zur individuellen Stärkung von FINTA*-Personen. Bildungsangebote zu feministischer Finanzpolitik sollen explizit auch intersektionale Perspektiven einbeziehen.
5. **Netzwerke und Kooperationen:** Zusammenarbeit mit anderen Organisationen, die feministische Finanzpolitik unterstützen & fördern, um Wissen zu teilen, Ressourcen zu bündeln und voneinander zu lernen.



6. **Einsatz für eine feministische Entwicklungspolitik:** Wir setzen weiter gezielt in allen Bereichen den Beschluss der Hauptversammlung 2024 zu „feministischer Entwicklungspolitik“ um, um durch fairen Handel und feministische Entwicklungspolitik auf eine gute Finanzpolitik einwirken zu können.